

BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT

Hochschule und Terrorismus

PRESSEKONFERENZ

BONN, SEPTEMBER 1977

Inhalt:

Stellungnahme

Dokumentarischer Anhang

Terrorismus und Hochschule

Pressekonferenz des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Bonn, 29.9.1977

I. Zum aktuellen Diskussionsstand nach dem Kölner Terroristenanschlag

Die regierungsamtliche Nachrichtensperre für staatliche Behörden läßt in der Publizistik begrüßenswerterweise das Sensationelle an dem Kölner Anschlag zurücktreten. In den Vordergrund rückt die Kommentierung dieses Vorfalls und damit zugleich auch die Auseinandersetzung über die Ursachen des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Zentrum der Diskussion steht die Bedeutung der Sympathisanten, vom Bundesamt für Verfassungsschutz auf 6.000 geschätzt, die den Terroristen erst die Möglichkeit verschafft haben, Kommandounternehmen dieser Art durchzuführen. Angesprochen ist hier das logistische System des Terrorismus ebenso wie das Problem des "geistigen Nährbodens" für den Terrorismus.

II. Beurteilung der gegenwärtigen Diskussion

Viele der im öffentlichen Leben Stehenden müssen sich die Frage stellen, ob sie bewußt oder unbewußt einer Entwicklung mit diesen verheerenden Folgen Vorschub geleistet haben. Gegebenenfalls müssen aus früherem Fehlverhalten Konsequenzen gezogen werden und für die Öffentlichkeit Klarheit bezüglich des Standortes hergestellt werden. Die beiden Kirchen haben hier die Richtung gewiesen.

Je offener diese Diskussion geführt wird, desto größer ist die Chance einer Klärung des Sympathisantenproblems auf gesellschaftlicher Ebene und desto weniger sind staatliche Instanzen gefordert, durch zusätzliche Ordnungsmaßnahmen in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Wer offen die Frage nach den Sympathisanten der Terroristen stellt, darf deshalb nicht der Verdächtigung ausgesetzt werden, als nähme er die Kölner Morde und die Entführung von Hanns-Martin Schleyer zum willkommenen Anlaß, sich unbequemer politischer Gegner zu entledigen, als würde er "kritische Demokraten" bekämpfen wollen. Im Gegenteil: Wenn durch die Klärung der aufgeworfenen Fragen der Kreis der verbleibenden Sympathisanten eingeeengt wird, so ist dies das alleinige Ziel und nicht die Aufrechnung vergangener Irrtümer. Die Diskussion zur "Sympathisantenszene" muß sich

deshalb auf diejenigen konzentrieren, die sich offen oder hinter zynischen Formeln und Wortspielereien versteckt zum Terrorismus bekennen.

III. Hochschule und Terrorismus, Lösungsvorschlag

Nachweisbar hat der Terrorismus um Baader-Meinhof von den Hochschulen seinen Ausgang genommen. Nicht nur die führenden Köpfe der Terroristenszene sind aus der sog. Studentenrevolte der Jahre 1967/1968 ff. hervorgegangen. Auch die jüngsten Kommandounternehmen setzen sich überwiegend aus Personen zusammen, die noch vor kurzer Zeit als Studenten an den deutschen Hochschulen eingeschrieben waren. Nachweisbar ist ebenfalls, daß die Terroristen nach wie vor Stützpunkte an den deutschen Hochschulen unterhalten. Zahlreiche Hilfsorganisationen an den Universitäten unterstützen den "Kampf" der inhaftierten Terroristen. Aktionen der Roten Armee Fraktion (RAF) an den Hochschulen dokumentieren, daß der Terrorismus nach wie vor auf die Mobilisierung des dort vorhandenen "revolutionären Potentials" angewiesen ist.

Es ist keine subjektive Bewertung hochschulpolitischer Vorgänge: An allen deutschen Hochschulen erfahrbare Tatsache ist, daß dieses "revolutionäre Potential", gezüchtet von den verschiedensten linksextremistischen Gruppierungen, das hauptsächliche Rekrutierungsfeld für den Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland ist. Hier wird durch systematische Verleumdung der Bundesrepublik und ihres Führungspersonals und durch die Einübung von Rechtsbrüchen als alltäglichem Verhalten das für den Terrorismus notwendige Milieu geschaffen; hier lernen Studenten, daß Rechtsbrüche dann folgenlos bleiben, wenn sich der Rechtsbrecher auf politische Motive beruft; hier wird das kindische Gehabe trainiert, das Terrorakte mit solch infantilen Bezeichnungen wie "big Raushole" verharmlost; hier erfährt der Student, daß die Meinung einer als verdummt gezeichneten Gesellschaft nichts und die der Genossen alles bedeutet. Über Jahre hinweg hat sich an Universitäten ein Alice-im-Wunderland-Milieu entwickelt, das sich von unserer Gesellschaft immer mehr abkoppelt.

Von der Publizistik, aber auch von allen politischen Kräften, die sich um die Bewältigung des Terrorismusproblems bemühen, wird dieser Zusammenhang, werden diese Wurzeln des Terrorismus zu wenig erkannt. Schlußfolgerungen aus dieser Tatsache fehlen nahezu. Und dies, obwohl sich der Nachweis

dafür nicht nur aus der Personalstruktur der agierenden Terroristengeneration, nicht nur aus konkreten Hochschulaktivitäten der Terroristen führen läßt. Eine Analyse der Programme extremistischer Hochschulgruppierungen ergibt, daß sie ausnahmslos einer totalitären Doktrin folgend revolutionär die Beseitigung des freiheitlich orientierten, sozialen Rechtsstaates betreiben. Das gilt gleichermaßen für die orthodoxen Kommunisten des Marxistischen Studentenbundes Spartakus (MSB Spartakus) wie für die zahlreichen anderen kadermäßig geführten Organisationen, den Kommunistischen Bund (KB), den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den Kommunistischen Studentenbund (KSB), die Roten Zellen, die sog. Basisgruppen und die vielen "spontanen" Extremistenvereinigungen von der "Bewegung Undogmatischer Frühling" bis zur "Sozialistischen Hochschulinitiative". Eine Untersuchung ihrer Strategie und Taktik ergibt weiterhin, daß sie unter Ausnützung der jeweiligen aktuellen Hochschulprobleme den Rechtsbruch nicht nur propagieren, sondern auch zu "Taten" schreiten: Vorlesungssprengungen, Verleumdung, Hausfriedensbruch, Erpressung, Körperverletzung, die Anwendung von physischer und psychischer Gewalt begleiten den von den Extremisten geschürten Hochschulkonflikt. Heute wie 1967/1968.

Die Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz und die Statistiken der Westdeutschen Rektorenkonferenz über die Wahlen zu den Studentenparlamenten bestätigen, daß der Extremismus an den deutschen Hochschulen in den vergangenen zwei Jahren im Gegensatz zu mancher Pressemeldung nicht ab-, sondern erheblich zugenommen hat. Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat wiederholt darauf hingewiesen, daß im gleichen Zeitraum die rechtswidrigen und gewaltsamen Störungen an den Hochschulen im Verhältnis zur zahlenmäßigen Entwicklung des Extremismus sogar überproportional angestiegen sind.

Für das kommende Wintersemester gibt es sichere Anzeichen für eine weitere Eskalation. Obwohl Organisationen wie die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) Rechtsbrüche angekündigt haben und dafür jetzt die organisatorischen Vorbereitungen treffen, geschieht bislang nichts. Die Hochschulen läßt man tatenlos in chaotische Verhältnisse hineindriften!

Extremisten beherrschen eine Vielzahl Allgemeiner Studentenausschüsse, extremistische Gruppierungen waren und sind die Organisationszentren gewaltvoller Ausschreitungen auch im außeruniversitären Bereich. Hausbesetzungen in Frankfurt und Hannover, "Schlachten" bei den Bauplätzen für Kernkraftwerke in Brokdorf und Grohnde sind dafür nur Beispiele.

Dieser gewalttätige Extremismus ist die Vorform des Terrorismus.

Die geringe Bedeutung des Extremismus im außeruniversitären Bereich und der hier nahezu fehlende gewalttätige Extremismus darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß für den Teilbereich Hochschule der gewalttätige Extremismus zum ernsthaften Problem geworden ist. Und das nicht nur in der Studentenschaft.

Außer Frage steht, daß der durch die extremistische Agitation eingetretene Leistungsverlust der Hochschulen Auswirkungen für die Gesamtgesellschaft hat, daß die wissenschaftlich ausgebildeten und von Halbjahr zu Halbjahr mehr in verantwortliche gesellschaftliche Positionen einrückenden Extremisten bereits mittelfristig den Extremismus auch in seiner gewalttätigen Form für die Gesamtgesellschaft zum Problem machen werden.

Angesichts dieser Verbindung zwischen gewalttätigem Extremismus und Terrorismus ist eindringlich zu fordern, nicht zuzuwarten, bis der gewalttätige Extremismus diese gesamtgesellschaftliche Dimension angenommen hat. Jedes Bemühen, dann den Terrorismus noch bekämpfen zu wollen, wäre sonst ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen. Es besteht eine reelle Chance, mit der Lösung des Extremistenproblems an den Hochschulen auch das Ende des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen, solange der gewalttätige Extremismus noch an den Hochschulen lokalisiert werden kann.

Die Lateinamerikanisierung der deutschen Hochschulen muß beendet werden, wenn ein Übergreifen lateinamerikanischer Verhältnisse auf die Gesellschaft insgesamt vermieden werden soll!

07-001

1330